

Fraktionsgemeinschaft ÜB / FDP:

Position zum Haushalt der Stadt Dachau für das Jahr 2022

(von Dr. Peter Gampenrieder, Manuskript für den 7.12.2021)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte zunächst wie schon im letzten Jahr zunächst auf das grundlegende Zusammenspiel aus Schuldenstand, laufendem Haushalt und Investitionen eingehen:

- Dachau ist weiterhin de facto **schuldenfrei**, was eine sehr gute Nachricht ist.
- Wie schon in den Vorjahren übersteigen im **Verwaltungshaushalt** die laufenden Ausgaben die entsprechenden Einnahmen deutlich. Dies ist keine gute, aber auch keine neue Nachricht. Schließlich bleiben dadurch wir trotz Schuldenfreiheit nur begrenzt handlungsfähig.
- Die Stadt Dachau steht unverändert vor sehr hohen **Investitionen** bis zum Ende des Jahrzehnts. Hier kann die mittelfristige Finanzplanung nur einen kleinen Ausschnitt des tatsächlichen Bedarfs abbilden. Im Ergebnis betreiben wir eine Art Schattenhaushalt für die Jahre ab 2026.

ÜB und FDP gehen davon aus, dass auch heute wieder einige von einer außerordentlich soliden Haushaltsführung sprechen werden, andere hingegen von einer fortgesetzten Handlungsunfähigkeit, gerade was laufende Ausgaben und Investitionen anbelangt. *Wo liegt die Wahrheit?* Aus unserer Sicht weiterhin irgendwo dazwischen.

Was hat sich seit letztem Jahr getan? Entsprechend unserer Forderung nach einem möglichst breiten Konsens, wie die Ausgaben wieder in Übereinstimmung mit den Einnahmen gebracht werden können, gab es eine Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung. Auch wenn dort stellenweise ideologische Grundeinstellungen aufeinanderprallten, bewerten wir die erzielte Einigung als

vorsichtigen Erfolg. Schließlich haben alle Beteiligten ernsthaft um einen Kompromiss gerungen. Auch wenn es stellenweise zäh war, gab es einen Minimalkonsens, der aus unserer Sicht noch ausbaufähig ist. In aller Kürze: Deckelung der Sachkosten, absolute Zurückhaltung beim Personal und (leider) auch Steuererhöhungen bei Grundsteuer und Gewerbesteuer.

Und damit wären wir bei unseren Kritikpunkten: Wir rollen eine Art **Schattenhaushalt bei den Investitionen** von Jahr zu Jahr weiter. Jedem sind die großen Aufgaben mindestens bis zum Ende des Jahrzehnts bekannt, vor denen wir stehen. Auf der Seite 27 im Vorbericht ganz unten steht ein prägender Satz: *„Zu bedenken ist allerdings, dass der Bauetat für die Jahre 2026 ff (also die Jahre welche außerhalb des aktuellen Finanzplanungszeitraums liegen) ein weiteres Investitionsvolumen von ca. 116,7 Mio. aufweist)“*. Als prominente Beispiele seien die geplanten Sportstätten im Stadtgebiet genannt.

Während der Schulsport unbestritten eine Pflichtaufgabe ist, handelt es sich beim Breitensport wohl unbestritten um ein Grundbedürfnis unserer Bürgerinnen und Bürger. Vor diesem Hintergrund finden wir es fast schon beschämend, dass dem ASV Dachau und dem TSV 1865 erneut nur Planungskosten zugestanden werden sollten. Nicht zuletzt auf unser Drängen hin wurde im letzten Jahr der mittelfristigen Finanzplanung immerhin jeweils eine symbolische Million für einen ersten Bauabschnitt eingestellt.

Dazu brauchte es eine Kampfabstimmung, bei der der Oberbürgermeister den bürgerlichen Kräften zu einer Mehrheit verhelfen musste! All diejenigen, die im Anschluss fast reflexartig von Klientelpolitik gesprochen haben, sei gesagt, dass leidglich zwei Millionen aus dem Investitions-Schattenhaushalt zurück in die reguläre mittelfristige Finanzplanung gebracht wurden. Unsere Sportvereine brauchen schließlich ein Minimum an Planungssicherheit.

Wollen Teile des Stadtrats wirklich darauf warten, bis eine Behörde die erste Halle dauerhaft sperrt? Oder geht es am Ende darum, solange keine Lösung für die

Sportstätten zuzulassen, bevor nicht auch das Thema Eishalle eine Perspektive bekommt? Aus unserer Sicht ist eine neue Eishalle aktuell – leider – unrealistisch. Daher sollte der Koppelungsbeschluss für das Gelände des ASV Dachau umgehend aufgehoben werden.

Zudem wurden per Saldo rund **13 neue Stellen** geschaffen. Bei manchen Stellen (Stichwort: Gute-KiTa-Gesetz) standen wir im Wort, andere sehen wir als notwendig an, um etwa mehr Geschwindigkeit und vor allem Beratungsqualität beim Bauamt sicherzustellen (Stichwort: drittes Team).

Was wir jedoch nicht nachvollziehen können, ist der seit Jahren unaufhaltsame Aufbau von Stellen-Splittern: aus Teilzeitstellen werden so nach einigen Jahren Vollzeitstellen. Auch der Ausweis für eine Planstelle im Bereich Verkehrstechnik, noch dazu mit dem Argument der möglichen Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung in Dachau-Ost und -Süd stößt auf unsere Ablehnung. Wir stehen bekanntermaßen Anwohnerparkzonen jenseits des Bahnhofs und des Krankenhauses kritisch gegenüber.

Wer solche Stellen schafft, muss auch Geld für die städtischen **Bolzplätze** haben. Die Entscheidung des UVA, nur 1.000 Euro nach längerer Diskussion für das Geraderücken der Tore in Dachau-Ost locker machen zu wollen, ohne jedoch die Auffüllung der Löcher vor den Toren mit Rollrasen zu bewilligen, ist für uns absolut unverständlich. Das Argument, das könnte dann auch bei anderen Bolzplätzen Begehrlichkeiten wecken, ist äußerst schwach. Es gibt viele Kinder, bei denen der Bolzplatz die einzige Möglichkeit ist, sich am Nachmittag mit Freude und Freunden an der frischen Luft aufzuhalten. Gerade unter Corona!

Da wären wir schon bei den **Luftreinigern** für die städtischen Schulen und Horte. Man könnte den Eindruck gewinnen, wir möchten uns in aller Gründlichkeit für eine fünfte oder gar sechste Welle der Corona-Pandemie wappnen. Zuerst verhindert eine Mehrheit aus SPD, Grüne, Bündnis und AfD eine rasche Beschaffung kurz vor der Sommerpause. Danach waren alle scheinbar geläutert und stimmten einmütig einer

Beschaffung zu ... um dann ellenlang über technische Details zu diskutieren. Im Ergebnis sind wir heute inmitten der vierten Welle – natürlich ohne Luftreiniger. Kinder gehören zu den Verlierern der ersten drei Wellen. Wir sind in der Pflicht, alles tun, damit sich das nicht fortsetzt.

Insgesamt sehen wir es als schwierig an, dass absolut notwendige und zeitlich absehbare Investitionen aus dem Zeithorizont der mittelfristigen Finanzplanung herausgehalten werden. Gerade vor dem Hintergrund, dass für 2022 keine Kreditaufnahmen geplant sind, wünschen wir uns hier mehr Mut zu Transparenz. Zudem werden nicht zwingend notwendige Stellen geschaffen, gleichzeitig die Grundbesitzer und Gewerbetreibenden über Steuererhöhungen zur Kasse gebeten. Dies widerspricht klar den Ergebnissen der Haushaltskonsolidierung.

Schlussendlich stellt sich für uns die Frage: *Mit dem Erreichten zufriedengeben und dem Haushaltsentwurf zustimmen oder auf eine weitere Konsolidierung drängen und ablehnen?* Dahinter steckt ein grundsätzlicher Gedanke: *Sind wir mit der Genehmigungsfähigkeit des Haushalts schon am Ziel oder wollen wir jetzt die Voraussetzungen schaffen, dass das Miteinander in unserer Stadt dauerhaft und angemessen unterstützt werden kann?*

Die ÜB und die FDP möchten eine echte Haushaltskonsolidierung. Daher werden wir nachher dem Oberbürgermeister einen Antrag übergeben, damit die Arbeitsgruppe im kommenden Jahr ihre Arbeit fortsetzen kann. Dies mit dem Ziel, die noch vorhandene Lücke im Verwaltungshaushalt weiter zu schließen. Zudem muss Transparenz hinsichtlich der grundsätzlichen Finanzierbarkeit von Investitionen geschaffen werden, die nicht Gegenstand der mittelfristigen Finanzplanung sind.

Natürlich darf – bei allen politischen Meinungsverschiedenheiten – eines nicht fehlen: unser Dank an alle Beschäftigten bei der Stadt, den Stadtwerken, der Stadtbau und der VHS. Und natürlich auch unsere besten Wünsche für ein frohes Weihnachtsfest! Bleiben Sie vor allem eines: gesund!